

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXI. Jahrgang, Nr. 1

Abgeschlossen am 25. Jänner 1948

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Noch kein Überblick über das Geldvolumen — Allgemeine Anpassung an die veränderte Währungslage — Die Entwicklung der freien Preise — Das Problem der Kreditlenkung

Zur Entwicklung der Produktion und der Produktivität der österreichischen Industrie

Produktionsindex der industriellen Grundstoffe und Entwicklung der industriellen Produktion — Ursachen für den Vorsprung der Produktionsmittelindustrien vor den Konsumgüterindustrien — Beschäftigung und Produktion — Die Entwicklung der Produktivität in den einzelnen Industriezweigen — Ursachen und wirtschaftliche Bedeutung der verminderten Produktivität

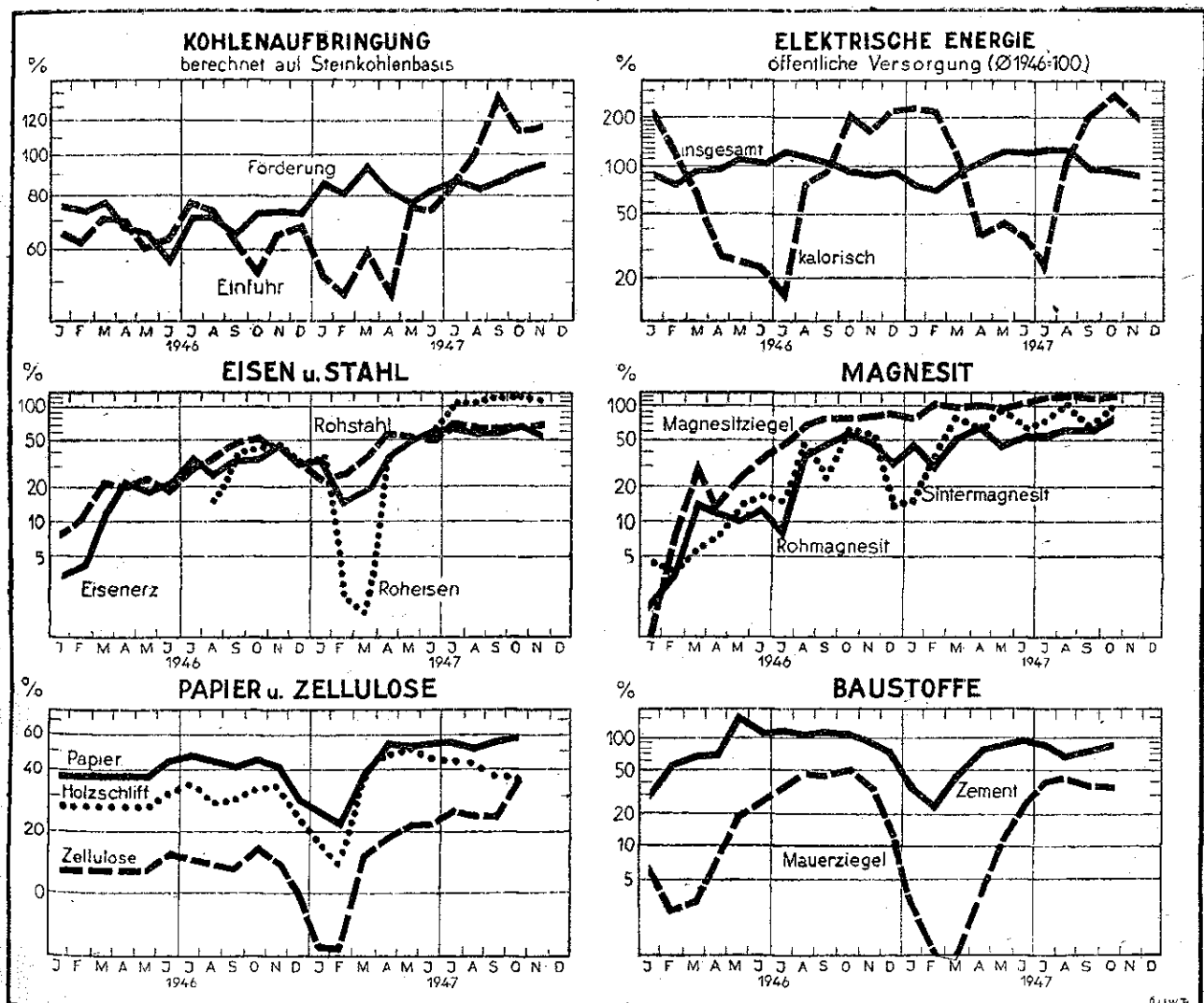
Die internationale Wirtschaft zwischen Inflation und Deflation

Die Problematik der Inflationsbekämpfung — Das Mißverhältnis zwischen Produktions- und Nachfragestruktur — Bemühungen um die Wiederherstellung eines wirtschaftlichen Gleichgewichtes — Zusammenfassung

Österreichische Wirtschaftszahlen — Internationale Wirtschaftszahlen

Zur Entwicklung der gewerblichen Produktion

(Logarithmischer Maßstab; \emptyset 1937 = 100)



Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Noch kein Überblick über das Geldvolumen

Über die Auswirkungen des Währungsschutzgesetzes auf Höhe und Zusammensetzung des Geldvolumens wurden bisher noch keine genauen Zahlen veröffentlicht. Die Verzögerung der Bekanntgabe der relevanten Währungsdaten ist vor allem darauf zurückzuführen, daß infolge der Kompliziertheit der technischen Vorgänge bei der Durchführung des Währungsschutzgesetzes und der damit verbundenen Überlastung des Bankapparates die statistischen Erhebungen vielfach noch nicht abgeschlossen sind. So ist mit einer Veröffentlichung des Notenumlaufes vermutlich erst Ende Jänner zu rechnen, da erst dann die Abrechnung über den Notenumtausch der nahezu 3000 Umtauschstellen vorliegen wird. Die quantitativen Veränderungen werden jedoch erst dann voll überblickt werden können, wenn die endgültige Bereinigung der Bankbilanzen, die einen wesentlichen Bestandteil der Währungsreform bildet, abgeschlossen sein wird. Bisher wurde von den Kreditinstituten nur der abgeschöpfte Teil der nach dem 12. November 1947 eingeströmten Einlagen an das Finanzministerium abgeführt. Die Abrechnung der sonstigen durch das Währungsgesetz gestrichenen bzw. in Bundesschuldverschreibungen umzuwandelnden Konten gegen Aktivposten der Kreditinstitute (in erster Linie Reichstitel und Liquiditätsreserven) steht ebenso wie die Festlegung der den einzelnen Instituten verbleibenden Liquiditätsreserven zur Zeit noch aus. Bei der Bereinigung der Bankbilanzen wird vor allem an die zukünftige Liquidität der Kreditinstitute zu denken sein. Sie wird vor allem davon abhängen, wie weit die zur Zeit blockierten fünf Sechstel der Nationalbankgiro Guthaben aus der Zeit zwischen Bekanntgabe und Inkrafttreten des Währungsschutzgesetzes den Kreditinstituten verbleiben und wie weit von der im Währungsschutzgesetz enthaltenen generellen Ermächtigung Gebrauch gemacht wird, Bundesschatzscheine bis zur Höhe von 800 Mill. S (die Hälfte der gesperrten Nationalbankgiro Guthaben) zur Unterstützung der Liquidität der Kreditinstitute auszugeben.

Allmähliche Anpassung an die veränderte Währungslage

Wenn auch die Höhe des derzeitigen Geld- und Kreditvolumens sowie die Liquiditätslage der Wirt-

schaft im einzelnen noch nicht bekannt ist, so läßt sich doch schon ein klareres Bild über die unmittelbaren Auswirkungen der Geldverknappung gewinnen. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich zunächst auf zwei Gebiete, auf denen die ersten Reaktionen auf die Geldverknappung erwartet werden: Auf das *Warenangebot* und auf die *Bewegung der freien Preise*. Die Erwartungen, die an die Währungsreform geknüpft wurden — vorübergehend erhöhtes Warenangebot durch Auflösung von Warenhorten sowie Preissenkungstendenzen auf den freien Märkten —, haben sich zumindest zum Teil erfüllt. Freilich bewirkte der Übergang vom alten zum neuen Schilling keine sprunghafte und unmittelbar ins Auge fallende Änderung des bisher gewohnten Wirtschaftsbildes. Im Gegensatz etwa zur ungarischen Währungsreform und zur italienischen Kreditrestriktionspolitik, die, wenigstens vorübergehend wie ein Zaubermittel wirkten, leere Geschäftsläden über Nacht mit Waren füllten und die vorangegangene Flucht in die Sachwerte plötzlich in eine ungestüme Nachfrage nach Geld umwandelten, hat diese Tendenzumkehr in Österreich nach dem Währungsschutzgesetz nur zögernd eingesetzt. Wohl lassen sich auch im österreichischen Wirtschaftsleben Anzeichen einer Geldverknappung feststellen, aber die für die oben erwähnten ausländischen Währungsmanipulationen so charakteristischen kurzfristigen Anpassungsschwierigkeiten — plötzliche starke Preissenkungen verbunden mit Absatzschwierigkeiten und Liquiditätskrisen — fehlen. Die Unternehmen haben sich bisher nahezu reibungslos auf die veränderte Geldsituation umzustellen vermocht, was nicht ausschließt, daß in weiterer Folge bei einer zurückhaltenden Kreditpolitik erhebliche Geldverknappungen und Anpassungsschwierigkeiten auftreten werden.

Die relativ langsame Reaktion der österreichischen Wirtschaft auf die Geldverknappung ist vor allem auf die besonderen Umstände zurückzuführen, unter denen die österreichische Währungsreform durchgeführt wurde und die sie von ähnlichen Maßnahmen in anderen Ländern deutlich unterscheidet. Eine besondere Rolle spielt zunächst die Tatsache, daß die Währungsreform bereits lange vor ihrer Durchführung bekannt wurde, so daß das Überraschungsmoment und die damit verbundenen psychologischen Schockwirkungen wegfielen. Die

Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Währungsreform wurde in weitaus stärkerem Maße von vernunftmäßigen Überlegungen bestimmt, als dies sonst bei Währungsmaßnahmen der Fall zu sein pflegt. Daraus erklärt sich zunächst die abwartende Haltung der Bevölkerung, die sichtbare Zeichen einer Änderung der Wirtschaftslage erwartet, bevor sie ihre Dispositionen anpaßt. Vielfach fehlen sowohl dem einzelnen Unternehmer als auch den Kreditinstituten jene Daten, die ihnen eine realistische Beurteilung der Wirtschaftslage ermöglichen würden, so daß sie vorerst ihre bisherige Geschäftspolitik beibehalten, bis sie die äußeren Umstände zu einer Änderung ihrer individuellen Wirtschaftspläne zwingen werden.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Währungsreform gerade in die Weihnachtszeit fiel, die regelmäßig durch eine äußerst starke Konsumentennachfrage gekennzeichnet ist, so daß rein saisonmäßige Einflüsse die Auswirkungen der Geldverknappung zum Teil überdeckten. So ist das nach vor bescheidene Sortiment in den Kaufläden nicht nur auf die ungenügende Produktion sondern auch darauf zurückzuführen, daß sich die Kleinhandelsumsätze bereits im November durch die Angstkäufe nach Bekanntgabe des Währungsschutzgesetzes¹⁾ und im Dezember durch das Weihnachtsgeschäft stark erhöht haben, so daß die Lagervorräte — die im übrigen bei Konsumgütern vielleicht überschätzt wurden — stark abnahmen.

Nach den Weihnachtsfeiertagen hat sich im Kleinhandel das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage zunächst nicht wesentlich verändert, da sowohl die Nachfrage stark zurückgegangen ist als auch die Auffüllung der gelichteten Warenlager nur sehr zögernd erfolgt. Auch die Preise für nichtrationierte Güter des täglichen Bedarfes, die zwar theoretisch preisgebunden, praktisch aber infolge ihrer Unkontrollierbarkeit weitgehend den Spielregeln des freien Marktes folgen, haben sich bisher kaum verändert. Die relativ leeren Kaufläden lassen daher nicht ohne weiteres darauf schließen, daß auch nach der Währungsreform in großem Umfang Waren, vor allem Konsumgüter, von den Detailhändlern gehortet werden. Vielfach ist das geringe Warenangebot im Kleinhandel lediglich darauf

zurückzuführen, daß der Handel in Erwartung von Preisrückgängen nur zögernd Nachbestellungen zu den alten Preisen vornimmt, die Produzenten und Großlieferanten aber noch nicht entschließen können, ihre Waren billiger abzugeben.

Die verhältnismäßig starke Konsumgüternachfrage in der Weihnachtszeit war daraus zu erklären, daß das Währungsschutzgesetz die Kaufkraft der Arbeitnehmer nicht vermindert hatte, da außer der Kopfquote beim Umtausch zwei Drittel des Lohnes für Dezember sowie die volle Weihnachtsremuneration in neuen Schillingen ausbezahlt wurden. Der für die österreichische Preis- und Lohnpolitik charakteristische Versuch, Löhne und offizielle Preise in friedensmäßigen Relationen zueinander zu halten¹⁾, wird bei dem geringen Angebot an Konsumgütern und dem hohen Anteil der Löhne am Sozialprodukt das bestehende Mißverhältnis zwischen dem Angebot an Konsumgütern zu offiziellen Preisen und der Konsumgüternachfrage aufrecht halten, sofern dieses nicht durch wirtschaftspolitische Maßnahmen korrigiert wird.

Nicht zuletzt haben auch die Bevorschussung der gesperrten Scheckeinlagen der Betriebe sowie sonstige kurzfristige Kreditgewährungen der Banken geholfen, Liquiditätsschwierigkeiten zu überbrücken, und damit zu dem reibungslosen Übergang in das neue Geldvolumen beigetragen. Diese Kreditgewährungen dürften sich zwar nach vorliegenden Einzelangaben in relativ engen Grenzen gehalten und das Kreditvolumen nur unbedeutend erweitert haben, reichten aber doch aus, den Unternehmern die Auszahlung der durch die Weihnachtsremunerationen zusätzlich erhöhten Lohn- und Gehaltssummen zu ermöglichen.

Das Zusammenwirken all dieser Maßnahmen verhinderte unmittelbare Schockwirkungen in der Übergangszeit. Die zu erwartenden Anpassungsschwierigkeiten werden sich erst nach und nach einstellen, bis sich die bereits jetzt vor allem in der Produktionssphäre fühlbare Geldknappheit auf den Preis- und Einkommensmechanismus voll auswirken wird.

Die Entwicklung der freien Preise

Eine ausgeprägte Reaktion auf die Geldverknappung ist nur auf dem Gebiete der freien Preise

¹⁾ Im Gegensatz dazu wurden zum Beispiel bei der ungarischen Währungsreform Preise und Löhne so festgesetzt, daß die Kaufkraft der Löhne, gemessen an den offiziellen Preisen, nur mehr die Hälfte der Vorkriegszeit betrug. Schon dadurch erklären sich weitgehend die unterschiedlichen kurzfristigen Auswirkungen zwischen der ungarischen und der österreichischen Währungsreform.

¹⁾ Die Umsätze im Kleinhandel in Wien sind bereits im November 1947 nach Bekanntgabe des Währungsschutzgesetzes mengenmäßig durchschnittlich um 14% gegenüber dem Vormonat gestiegen. Besonders stark erhöhten sich die Umsätze in nichtrationierten Gütern, wie Haushaltsgegenständen, Porzellanwaren, Spielwaren und kunstgewerblichen Erzeugnissen, die in den Wiener Warenhäusern um mehr als 120% höher als im Oktober waren.

festzustellen, die im Gegensatz zu den praktisch stationären „grauen“ Preisen für frei erhältliche tägliche Bedarfsgegenstände fast überall zurückgegangen sind. Auch die Preise auf dem schwarzen Markt für Nahrungsmittel sind nach den Feiertagen der bereits im letzten Bericht festgestellten Preisbewegung der freien Preise im Dorotheum sowie der schwarzen Devisenkurse gefolgt und gesunken. Die freien Preise liegen Mitte Jänner fast durchwegs unter dem Niveau vor Bekanntgabe des Währungsschutzgesetzes, mit Ausnahme einzelner Genußmittel, deren Angebot in letzter Zeit sehr gering war.

Entwicklung der freien Preise

Art der Preise	Vor Inkrafttreten des Währungs- schutzgesetzes ¹⁾ Preise Anfang November = 100 ²⁾	Mitte Jänner
Schwarze Devisenkurse ³⁾	229,3	78,3
Schwarzmarktpreise		
für Lebensmittel ⁴⁾		81,8
für Genußmittel ⁴⁾		101,7
für Gold ⁵⁾	223,5	70,6
Kurse an der Wiener Börse ⁶⁾		
für Industrieaktien ⁷⁾	107,4	64,4
für Industrieobligationen ⁸⁾	108,8	93,4
für öffentliche Anleihen	110,7	61,8
Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum ⁹⁾	140,8	61,8

¹⁾ Letzter Preis vor dem 10. Dezember 1947

²⁾ Letzter Preis vor dem 12. November 1947

³⁾ Durchschnitt aus den Kursen für Dollar, Pfund, Schweizer Franken

⁴⁾ Gewichtet nach dem Friedensverbrauch. Lebensmittel und Genußmittel waren vor Inkrafttreten des Währungsschutzgesetzes weitgehend vom schwarzen Markt verschwunden und notierten daher überhaupt nicht

⁵⁾ Bruchgold, 14 Karat

⁶⁾ Die relativ geringen Kurssteigerungen vor Inkrafttreten des Währungsschutzgesetzes sind vor allem darauf zurückzuführen, daß an der Wiener Börse keine freie Kursbildung gestattet wurde

⁷⁾ Durchschnitt aus 27 Industrieaktien

⁸⁾ Durchschnitt aus Industrieobligationen

⁹⁾ Durchschnitt aus den Preisen für Gold, Silber, Diamanten, Perserteppiche, Briefmarken, Pelze

Auffallend ist, daß besonders reagible Preise, wie die schwarzen Devisenkurse, der Goldpreis, aber auch die Kurse für Industrieaktien, am stärksten unmittelbar nach Beginn der Umtauschaktion fielen und Ende Dezember wieder etwas stiegen, während die Lebensmittelpreise erst viel später dem Preisdruck nachgaben¹⁾. Trotz der Preisrückgänge

¹⁾ Zumindest zeigten die Erhebungen der *Wiener Wirtschaftspolizei* den Rückgang der schwarzen Preise für Nahrungs- und Genußmittel erst einige Zeit nach dem Währungsschutzgesetz an. Dagegen sind nach den Angaben

auf den freien Märkten hält jedoch im allgemeinen der „sellers' market“ weiter an. So ist sowohl bei den Versteigerungen im Dorotheum als auch an der Börse¹⁾ ein relativ hohes Übergewicht der Nachfrage über das Angebot festzustellen, sodaß weitere größere Preissenkungen auf diesen Märkten in der unmittelbaren Zukunft unwahrscheinlich sind.

Das Problem der Kreditlenkung

Die Kreditgewährungen der einzelnen Kreditinstitute in der ersten Übergangszeit haben zwar zunächst das Entstehen größerer Liquiditätsschwierigkeiten verhindern können, waren aber doch nur eine Notlösung, die so bald wie möglich durch eine zielbewußte gesamtwirtschaftliche Kreditpolitik abgelöst werden muß. Im allgemeinen herrscht Übereinstimmung, daß eine vorsichtige Kreditpolitik erforderlich sei und das Kreditvolumen nur bei dringenden Kreditansprüchen erweitert werden dürfe. Aber über die konkrete Gestalt der Kreditpolitik, über die Frage der Kreditlenkung, weichen die Ansichten stark von einander ab. Die extremen Forderungen gehen auf der einen Seite dahin, die Kreditpolitik vollständig den Kreditbanken zu überlassen, die auf Grund ihrer langjährigen Erfahrungen und ihres geschulten Apparates am besten in der Lage wären, nach den bisher für Kreditgewährungen maßgeblichen Kriterien — die Ertragslage des kreditansuchenden Unternehmens und die Sicherstellung des Kredits — die Kredite rationell zu verteilen. Gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten könnte im Rahmen der Kreditpolitik der Banken durch einige allgemeine Richtlinien Rechnung getragen werden. Dabei wird allerdings übersehen, daß die banktechnischen Kriterien für die Kreditgewährung nur bei einer normal funktionierenden Konkurrenzwirtschaft auch volkswirtschaftlich sinnvoll sind. Die Beurteilung der Kreditwürdigkeit nach der Rentabilität des kreditwerbenden Unternehmens setzt eine freie Marktwirtschaft voraus, in der die Erzeugung jener Güter, die knapp sind und mehr nachgefragt werden, auch rentabler ist als diejenige minder wichtiger

des *Wiener Marktamtes*, das seit Jänner d. J. selbst Preis-erhebungen auf dem schwarzen Markt durchführt, die Nahrungsmittelpreise bereits früher und zum Teil auch stärker zurückgegangen als nach den Ausweisen der *Wiener Wirtschaftspolizei*.

¹⁾ Die erhöhte Nachfrage nach Aktien an der Wiener Börse ist allerdings zum überwiegenden Teil auf Ankäufe der Kreditinstitute zurückzuführen, die nach Bekanntgabe des Währungsschutzgesetzes größere Wertpapierbestände abgaben und nun versuchen, neue Effekten zu erwerben

Güter. Ein derartiges Preissystem besteht aber zur Zeit nicht. Die relative Knappheit der Güter kommt nicht in ihren Preisen und in der Rentabilität ihrer Erzeugung zum Ausdruck. Im Gegenteil Gerade bei wichtigen Gütern werden die offiziellen Preise durch Preisbindungen tief gehalten, um die Lebenshaltungskosten nicht übermäßig zu verteuern, während bei vielen nicht lebenswichtigen Gütern, die bei einem freien Preissystem wahrscheinlich mangels ausreichender Rentabilität überhaupt nicht produziert werden würden, unter den gegenwärtigen Verhältnissen oft bedeutende Gewinne erzielt werden. Die Rentabilität eines Betriebes kann heute ebenso sehr auf einen zufällig verhältnismäßig hohen genehmigten Preis oder auf die Umgehung von Preisvorschriften als wie auf die Wirtschaftlichkeit eines Betriebes zurückzuführen sein und gibt damit noch keinen eindeutigen Maßstab für eine volkswirtschaftlich zweckmäßige Kreditpolitik. Dieser Zusammenhang zwischen Preispolitik und Kreditpolitik gibt ein gutes Beispiel dafür, daß verschiedene Wirtschaftssysteme nur unter bestimmten Voraussetzungen miteinander vermischt werden können, und daß Maßnahmen, die im Rahmen einer freien Volkswirtschaft notwendig und richtig sind, im Rahmen einer Zuteilungswirtschaft nur sehr eingeschränkt anwendbar sind.

Auf der anderen Seite wird vielfach der Gedanke einer straffen, zentral geleiteten Kreditlenkung vertreten, wobei die einzelnen Kredite nach einer in Detail festgelegten Dringlichkeitsskala, unter demokratischer Kontrolle der Parteien und Interessenvertretungen, verteilt werden sollen. Dieser Plan ist jedoch schon deshalb nicht konsequent durchführbar, weil es einen im einzelnen ausgearbeiteten Wirtschaftsplan, der die Grundlage einer detaillierten Kreditlenkung sein müßte, bisher nicht gibt. Für die Ausarbeitung und Durchführung eines derartigen umfassenden Wirtschaftsplanes fehlen zur Zeit in Österreich sowohl die politischen als auch die organisatorischen Voraussetzungen. Wenn mit Hilfe der Kreditlenkung eine weitgehende Erzeugungslenkung angestrebt wird, so müßte, ähnlich wie für die Stromverteilung, ein umfangreicher Kreditlenkungsplan aufgestellt werden, der nicht nur allgemeine Prioritäten für einzelne Industriezweige festlegt, sondern auch bestimmt, welche einzelnen Betriebe bevorzugt mit Krediten beteiligt werden sollen. Dies wäre jedoch nur möglich, wenn die Kreditlenkung mit anderen wirtschaftspolitischen Lenkungsmaßnahmen im einzelnen koordiniert würde — eine Aufgabe, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen praktisch unlösbar ist, da

es heute kaum gelingt, Strom- und Kohlenzuteilung reibungslos aufeinander abzustimmen.

Unter diesen Umständen dürfte gegenwärtig die optimale Lösung des Kreditlenkungsproblems vermutlich darin liegen, daß von der Nationalbank bzw. von einer Kreditlenkungscommission nur bestimmte Richtlinien oder Prioritätsstufen aufgestellt und die Kreditinstitute angewiesen werden, über ihr Kreditvolumen nach diesen Richtlinien zu verfügen. Dabei müßte Vorsorge getroffen werden, daß auch Betriebe, die zwar mit Verlust arbeiten, aber eine hohe volkswirtschaftliche Dringlichkeit aufweisen, eventuell mit Hilfe einer Staatsgarantie Kredite erhalten können.

Unmittelbare Entscheidungen einer Kreditlenkungscommission über einzelne Kreditansuchen werden sich schon aus technischen Gründen auf relativ wenige größere Kredite — vor allem auf langfristige Investitionskredite aus inländischen und ausländischen Kapitalquellen — beschränken müssen. Damit kann immerhin ein relativ großer Teil des gesamten Kreditvolumens unmittelbar kontrolliert werden, da die größeren Kredite zwar der Zahl nach gering sind, betragsmäßig aber auf sie doch ein großer Teil des Kreditvolumens entfällt¹⁾. Eine Beschränkung der unmittelbaren Kreditkontrolle auf Großkredite wird um so eher tragbar sein, als durch den ständigen Rücklauf flüssiger Mittel aus den Erlösen ausländischer Hilfslieferungen und Kredite die Möglichkeit besteht, etwa auftretende Fehentwicklungen durch Gewährung neuer, größerer Kredite zu korrigieren, ohne inflationistische Tendenzen auszulösen. Allerdings ist auch zur Lenkung der größeren Kredite ein wirtschaftspolitisches Konzept unentbehrlich. So müssen vor allem konkrete Vorstellungen darüber bestehen, in welche Wirtschaftszweige die Kredite vordringlich gelenkt werden sollen und welche Wiederaufbau-, bzw. Erweiterungsprojekte unter Berücksichtigung der wahrscheinlichen ausländischen Kredithilfe und des verfügbaren inländischen Kreditvolumens überhaupt in unmittelbarer Zukunft realisierbar sind.

Für die Steuerung der kleineren Kredite wäre eine vorübergehende stärkere Zinsfußhöhung zu

¹⁾ So entfielen per Ende Juni 1947 von 126.896 Krediten mit einem Gesamtbetrag von 2.012 Mill. S. nur 3.950 auf Kredite über 50.000 S. Diese 3.950 größeren Kredite nahmen jedoch mit 1.515 Mill. S. drei Viertel des gesamten Kreditvolumens ein. Selbst wenn die Untergrenze für die von der Kreditlenkungscommission zu behandelnden Kreditansuchen weit höher gesteckt wird, könnte noch immer ein hinreichend großer Teil des gesamten Kreditvolumens direkt gelenkt werden.

erwägen. Dadurch würde der Zinsfuß bereits eine Vorauslese unter den potentiellen Kreditbegehren treffen und die Arbeit der Kreditinstitute bedeutend erleichtern. Allerdings dürfte der Zinsfuß nicht dauernd so hoch gehalten werden, daß deflationistische Wirkungen mit dauernder Arbeitslosigkeit hervorgerufen werden.

Diese Form der Kreditlenkung, die nur in verhältnismäßig wenigen Fällen Kredite durch eine

übergeordnete Kreditlenkungscommission verteilt und im übrigen den Kreditinstituten innerhalb eines gegebenen Kreditvolumens im Rahmen bestimmter Richtlinien freie Hand läßt, entspricht am ehesten den Prinzipien einer gelenkten Wirtschaft — jenem Mittelweg zwischen total geplanter und vollkommen freier Verkehrswirtschaft, den die österreichische Wirtschaftspolitik bisher, wenn auch nicht immer konsequent, beschritten hat.

Zur Entwicklung der Produktion und der Produktivität der österreichischen Industrie

Die folgende Darstellung der gegenwärtigen Produktions- und Produktivitätsverhältnisse in wichtigen Teilen der österreichischen Industrie ist nur ein erster Beitrag zur Beleuchtung dieses für die österreichische Gesamtwirtschaft entscheidenden Problems. Eine eingehendere Behandlung dieses schwierigen Fragenkomplexes muß einer späteren Untersuchung vorbehalten bleiben.

Geringe Produktion und stark verminderte Produktivität sind gegenwärtig sowohl in der Landwirtschaft als auch in der gewerblichen Produktion Kernprobleme unserer Wirtschaft. Von einer befriedigenden Lösung dieser beiden Fragen hängt nichts weniger als die Lebensfähigkeit unseres Landes ab.

Während die Ursachen der verminderten Agrarerzeugung verhältnismäßig einfach zu erklären sind, weil sie in der gegenüber der Vorkriegszeit verminderten Ackerfläche, in der Erschöpfung und ungenügenden Düngung der Böden, im Mangel an Arbeitskräften und Betriebsmitteln sowie in den ausnehmend ungünstigen Wetterbedingungen der beiden letzten Jahre begründet sind, sind die Ursachen des Rückganges der industriellen Produktion weitaus schwieriger aufzudecken. Es scheint auf den ersten Blick paradox, daß heute die gewerbliche Wirtschaft um rund 50% mehr Arbeiter beschäftigt als vor dem Kriege und gleichzeitig die Versorgung mit Kohle und Strom zum Teil erheblich besser ist als im Jahre 1937, daß aber dennoch das Angebot an industriellen Fertigwaren völlig ungenügend geblieben ist und auch der österreichische Export erst rund 30 bis 35% des Standes von 1937 erreicht hat.

Produktionsindex der industriellen Grundstoffe und Entwicklung der industriellen Produktion

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung veröffentlicht in diesem Heft erstmalig seit 1937 wiederum einen Produktionsindex der wichtigsten industriellen Grundstoffe. Der Index umfaßt 25 Produkte des Bergbaues, der Hüttenindustrie, der Magnesitindustrie, der Baustoffindustrie und der Papierindustrie, für deren Erzeugung laufend und verhältnismäßig rasch Produktionsdaten zur Verfügung stehen¹⁾.

¹⁾ Der Produktionsindex enthält die Förderung bzw. Erzeugung von: Steinkohle, Braunkohle, elektrischer Energie, Eisenerz, Blei-Zinkerz, Kupfererz, Graphit, Salzsole, Sudsalz, Rohmagnesit, Sintermagnesit, kaustisch gebranntem Magnesit, Magnesitsteinen, Roheisen, Rohstahl, Walzwaren Blei, Kupfer, Ziegel, Zement, Bauglas, Holzschliff, Zellulose, Papier und Pappe. Die in diesen Produktionen Beschäftigten umfaßten im Jahre 1937 ungefähr 10% des Arbeiterstandes der gewerblichen Wirtschaft. Die einzelnen Produktionsreihen wurden innerhalb des Index entsprechend ihrem Arbeiterstand gewogen.

Die Berechnungsmethode des neuen Produktionsindex ist die gleiche geblieben wie die vom Österreichischen Institut für Konjunkturforschung bis 1937 angewandte. Siehe A. Wald, „Grundsätzliches zur Berechnung des Produktionsindex“, Beilage 6 zu „Monatsberichte des Österr. Institutes für Konjunkturforschung“, Jg. XI (1937), Heft 2.

Der neue Produktionsindex der industriellen Grundstoffe ist mit 25 Erzeugnissen umfassender als der bis 1937 berechnete Index, der nur 11 Produkte (Steinkohle, Braunkohle, Eisenerz, Roheisen, Rohstahl, Walzwaren, Baumwollgarne, Holzschliff, Zellulose, Papier und Pappe) enthielt. Im neuen Produktionsindex fehlt jedoch aus dem bis zum Jahre 1937 zugrunde gelegten Warensortiment das Baumwollgarn, über dessen Erzeugung gegenwärtig keine verlässlichen Produktionsziffern vorliegen.